



GRÜNES BAMBERG · Grüner Markt 7 · 96047 Bamberg

**Herrn Oberbürgermeister
Andreas Starke
Rathaus Maxplatz**

96047 Bamberg

**Stadtratsfraktion
GRÜNES BAMBERG**

Grüner Markt 7
96047 Bamberg
Tel.: +49 (951) 23 777
fraktion@gruenes-bamberg.de

Bamberg, 7. Juli 2021

Antrag: Öffentliche Erklärung des Oberbürgermeisters in der Vollsitzung am 28.7.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

über viele Monate haben uns die nicht enden wollenden Neuigkeiten über unrechtmäßige Zahlungen im Rathaus der Stadt beschäftigt.

Jetzt – nach Vorliegen des Rechnungsprüfungsberichts, der Prüfung durch die Stadtverwaltung selbst, der Stellungnahme der Regierung Oberfranken und eines externen Gutachtens – ist die Bestandsaufnahme nahezu beendet.

Die Situation in der Stadtverwaltung ist derzeit für niemanden motivierend. Zu einem verfestigten Zustand der Führungslosigkeit darf es jedoch auf keinen Fall kommen, denn die Stadt steht, vom Klimaschutz über Corona bis zum Bahnausbau, vor großen Herausforderungen.

Trotz der laufenden Ermittlungen zum Strafverfahren und der damit für alle verbundenen Zwänge halten wir es im Interesse unserer Stadt für notwendig, dass Sie als gewählter Oberbürgermeister und als Chef der Stadtverwaltung, in der all diese Verfehlungen über Jahre geschehen sind, eine persönliche Erklärung abgeben. Sowohl der Stadtrat als auch die Wähler*innen der Stadt haben ein Recht darauf, Ihren Standpunkt erläutert zu bekommen.

Wir **beantragen** daher, dass Sie in der Vollsitzung am 28. Juli 2021 öffentlich eine persönliche Erklärung abgeben und dabei zu folgenden Fragen Stellung beziehen:

1. Wie sehen Sie Ihre persönliche Verantwortung für die geschehenen Verfehlungen?
2. Welche disziplinarrechtlichen Schritte sehen Sie für sich persönlich?
3. Welche Rolle spielt die Funktion des Oberbürgermeisters als Chef der Stadtverwaltung (und damit Sie persönlich) für das nunmehr festgestellte Organisationsversagen? Dies insbesondere auch für die Zeit nach 2013, als die unrechtmäßigen Zahlungen hätten abgestellt werden müssen, stattdessen aber sogar ausgeweitet wurden.

4. Wie soll ab jetzt der Aufarbeitungsprozess für das Geschehene gestaltet werden? Welchen Zeitrahmen und welche Maßnahmen sehen Sie dafür vor?
5. Wer soll das Personalreferat führen – kurzfristig und auf längere Sicht?
6. Welche Personalentwicklung stellen Sie sich vor – vor dem Hintergrund, dass das Geschehene unstreitbar grundlegende Strukturänderungen in der Stadtverwaltung notwendig macht? Welchen Zeitplan haben Sie dafür? Welche Investitionen müssen aus Ihrer Sicht zu diesem Zweck gemacht werden?
7. Wie soll die geleistete Arbeit, die bislang mit unrechtmäßigen Überstunden- und Prämienzahlungen vergütet wurde und nun nicht mehr so vergütet werden kann, künftig geleistet werden? Sind hier zusätzliche Personalkosten zu erwarten und ist eine Erhöhung der Personalkosten realistisch umsetzbar? Oder fallen Arbeiten künftig ersatzlos weg?

Vielen Dank für Ihre Bemühungen.
Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Sänger

Karin Einwag

Wolfgang Grader

Andreas Eichenseher

Christian Hader

Stefan Kurz

Leonie Pfadenhauer

Vera Mamerow

Markus Schäfer

Michael Schmitt

Ursula Sowa